

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bericht zur Umsetzung der lokalen Agenda 21 endlich vorlegen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Bericht zur Umsetzung der vom Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Berliner Agenda 21 bis zum 31. Dezember 2009 dem Parlament vorzulegen.

Begründung:

In den Jahren 2000 bis 2004 hat das Agendaforum, ein Zusammenschluss von VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen sowie von Verwaltung und Politik, im gemeinsamen Dialog den Entwurf für die Berliner „Lokale Agenda 21“ erarbeitet. Diese Zusammenarbeit erfolgte auf Beschluss des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin und entspricht den Entschlüssen der UN-Konferenzen von Rio 1992 und Johannesburg 2002. Der Entwurf wurde im Abgeordnetenhaus beraten und beschlossen.

Leider ist der rot-rote Senat bisher nicht dadurch aufgefallen, der Umsetzung des Beschlusses die erforderliche Priorität einzuräumen. So warten das Berliner Abgeordnetenhaus und die zivilgesellschaftlichen Akteure auf den überfälligen ersten Umsetzungsbericht.

Im Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 08. Juni 2006 zur Agenda 21 heißt es:

„Das Abgeordnetenhaus erklärt die Agenda 21 Berlin (siehe Anlage) zur Leitidee der künftigen Landespolitik.

Der Senat wird aufgefordert, die Agenda 21 Berlin als Leitidee seiner künftigen Politik aufzunehmen und die aufgeführten Qualitäts- und Handlungsziele so schnell wie möglich umzusetzen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) einzusehen.

Weiterhin wird der Senat aufgefordert, den Agendaprozess mit der Bürgergesellschaft fortzusetzen und ihn in der zweiten Hälfte der nächsten Legislaturperiode weiterzuentwickeln.

Der Senat soll in fünfjährigen Abständen, jeweils zur Mitte einer Legislaturperiode, über die Umsetzung der Agenda, Hemmnisse und geplante Maßnahmen berichten, erstmalig bis zum 30.06.2009.“

Berlin, den 09. November 2009

Pop Ratzmann Ziller
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen